

# Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



THOMAS FUCHS, GROSSRAT,  
SEKRETÄR PRO LIBERTATE  
E-Mail: fuchs@prolibertate.ch

## Nach den Wahlen ist vor den Wahlen

Der traditionell bürgerliche Kanton Bern hat eine rot-grüne Regierung gewählt. Die Stadtberner haben das Land wuchtig überstimmt. Kein Wunder, blieben doch viele Bürgerliche zuhause. Bei einer Stimmbeteiligung von unter 30% schaut man neidisch nach Italien. Eines ist klar, die Bürgerlichen haben diesen Schlamassel selber zu verantworten. Sie haben auf der bürgerlichen 6er Liste ein unsinniges Streichorchester veranstaltet. FDPler haben SVPler gestrichen, SVPler haben FDPler gestrichen und einige haben nur Bisherige gewählt. Anders die Linken: sie haben konsequent die rot-grüne Viererliste eingelegt. Fazit: nur ein geeintes Auftreten führt zum Sieg! Der Ruf aus «Wilhelm Tell» seid einig – einig – einig hätte uns dieses Debakel erspart. In 4 Jahren müssen wir es besser machen, es wird eine harte Zeit!

Thomas Fuchs,  
Sekretär PRO LIBERTATE

50

JAHRE

PRO  LIBERTATE

Am Samstag, 24. Juni 2006, um 10.00 Uhr  
findet die Jubiläumsfeier im Berner Rathaus statt.

**Festrede: Prof. Dr. Franz Jaeger,**  
Ordinarius für Wirtschaftspolitik an der Universität  
St. Gallen

## «Unsere Freiheitsrechte nicht fahrlässig preisgeben»

Gespräch mit Hanspeter Born, Weltwoche-Journalist

**PRO LIBERTATE:** Auf welchen Grundprinzipien basiert die abendländische Kultur?

**H. Born:** Eine zentrale Rolle spielten die alten Griechen, gerade für den heutigen Freiheitsbegriff. Auch das Juden- und Christentum oder das germanische Recht hatten einen bedeutenden Einfluss, ebenso die Aufklärung. Jedoch meine ich die liberale schottische Aufklärung und nicht die französische. Letztere überschätzte die Vernunft der Menschen und hat mit ihrem Hang zu abstrakten, theoretischen Konstrukten den modernen Totalitarismus begünstigt. Heute ist auch das Prinzip «gleiche Chancen für alle» wichtig. Es ist jedoch schwierig, eine Zivilisation bzw. deren Tradition akribisch genau zu analysieren. Denn Zivilisationen sind gewachsene Produkte. Wichtig für eine Zivilisation sind allgemeinverbindliche Regeln für das Leben, die Freiheit und den Besitz.

**PRO LIBERTATE:** Was ist Ihrer Meinung nach die wichtigste Errungenschaft der westlichen Zivilisation?

**H. Born:** Die Herrschaft der Regeln des Gesetzes, des Rechtsstaates, zusammengefasst: «rule of law». Es ist

wichtiger, nicht eingesperrt zu werden für etwas, das man nicht getan hat, als über eine Kehrriechanlage abzustimmen. Bedenklich stimmen mich deshalb die Prozesse, wo Menschen vorschnell von parteiischen Richtern verurteilt werden. In Frankreich wurden 13 unschuldige Menschen wegen Pädophilie verurteilt. Sehr wichtig ist auch eine funktionierende Zivilgesellschaft mit ech-

### In dieser Ausgabe

- 3** Hauptversammlung 2006  
Warum ist die Schweiz nicht mehr liberal?  
Die Rolle der Medien
- 4** Einschüchterung der Menschenrechtsorganisationen
- 5** Steuerpolitische Souveränität hoch halten
- 5** Freiheitliches Waffenrecht oder Untertanenmentalität und Kriminalisierung?
- 6** Entwicklungsschritt 08/11  
Zu viele offene Fragen!
- 7** Gedanken der Präsidentin
- 8** Zusammenfassung



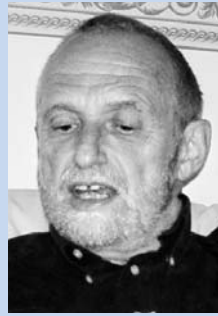
tem Pluralismus, Föderalismus und einer blühenden Vereinskultur. Eine wichtige Bedeutung gerade für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz hat auch unsere Milizarmee. Jeder, ungeachtet seines Vermögens, seiner Sprache, seiner Bildung, hat Militärdienst zu leisten.

**PRO LIBERTATE:** *Die westliche Kultur rühmt sich oft, die Gleichheit der Menschen etabliert zu haben. Die Praxis scheint aber hinterherzuhinken. Immer wieder wird beklagt, dass die Geschlechter nicht tatsächlich gleichgestellt sind und Ausländer diskriminiert werden. Ihnen gegenüber gebe es viele Vorurteile, so dass die nur rechtliche Gleichheit nicht viel nütze. Reicht Leistung doch nicht, um Erfolg zu haben?*

**H. Born:** Viele tatsächliche Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten sind historisch bedingt. Der Liberalismus, der alle Menschen vor dem Gesetz gleichstellt, hatte viele Hypothesen aus der Vergangenheit zu übernehmen. Frauen hatten aber schon früher eine wichtige Stellung in der Gesellschaft. Der Roman «Anne-Bäbi Jowäger» zeigt deutlich die Bedeutung der Frau bei wichtigen Entscheiden in der Familie. Die Etablierung des Leistungsprinzips ist ein langwieriger, aber erfolgreicher Prozess: In den USA war mit Colin Powell ein Schwarzer Generalstabschef und Aussenminister. Derzeit haben die USA mit Condoleezza Rice eine Frau und Schwarze als Aussenministerin. Immer mehr sind auch Frauen in der Arbeitswelt gefragt. Wer etwas leistet, setzt sich auch durch. Zurück bleiben jene, die sich selbst aufgegeben haben und nur noch von den Maschinerien des Wohlfahrtsstaates ernährt werden. Der Wohlfahrtsstaat untergräbt so nicht selten selbst die Leistungsbereitschaft. So gesehen haben auch all die Gleichstellungsbüros und Antidiskriminierungsbüros etwas Kontraproduktives. Sie zementieren den Opfermythos, mit dem sich die Minderheiten selbst aufgeben.

**PRO LIBERTATE:** *Anderes Thema: Die Reaktionen einiger Muslime auf die Mohammed-Karikaturen hat erneut die Frage aufgeworfen, ob sich die abendländische Kultur gegen den Islam verteidigen muss? Wie sehen Sie das Verhältnis vom Islam zum Westen?*

**H. Born:** Es gibt einen ideologischen Kampf zwischen der westlichen Zivilisation und dem islamischen Extremismus, oder besser:



Hanspeter Born (67) studierte Anglistik an der Universität Bern. Er war unter anderem Auslandredaktor bei Radio DRS in Bern. Heute arbeitet er als Journalist der Weltwoche. Er war Leichtathlet bei der GG Bern und erzielte 1965 die Schweizer Saisonbestleistung über 800 Meter. Berühmt wurde Born vor allem durch seine Recherchen zum Fall B.Z., wo er eine parteiische Justiz vermutete und an der Schuld von B.Z. zweifelte. Der Fall wurde wieder aufgerollt und Born erhielt mit seinen Darlegungen Recht.

Dschihadismus. Wie damals beim Leninismus glaubt eine kleine Gruppe von Leuten, ein Paradies auf Erden errichten zu können. Diese Leute haben ein gefährliches Sendungsbewusstsein. Das führt zwangsweise in einen Totalitarismus. Der Islamismus von heute ist durchaus mit dem Kommunismus zu vergleichen.

**PRO LIBERTATE:** *Inwiefern wird der Westen gefährdet bzw. ist er überhaupt noch widerstandsfähig?*

**H. Born:** In Europa grassiert eine geistige Ermüdung. Ich sehe nirgends, wie sich Menschen für Ideen aufopfern. Dafür ist der Glaube an den Erfolg des Dialogs hierzulande fast unermesslich. Dies funktioniert vielleicht innerhalb Europas, aber nicht gegenüber dem Islamismus. Ein Problem ist auch die tiefe Geburtenrate in den westlichen Staaten. Das Manko an jungen Menschen wird durch Immigranten, oft Muslime, aufgefüllt. Gerade Muslime aus den Maghreb- bzw. aus arabischen Staaten sind zum Teil sehr empfänglich für die fanatischen Lehren des Islamismus. Insbesondere bereitet mir aber Sorge, wie wir aus falscher Rücksicht auf Minderheiten unsere Freiheitsrechte untergraben. Wenn wir in Europa Mohammed-Karikaturen veröffentlichen wollen, dann ist es unser Recht, dies auch zu tun. Unsere Freiheitsrechte mussten wir uns über lange Zeit oftmals blutig gegen die Dominanz des Klerus erkämpfen. Wir sollten sie nun nicht wieder fahrlässig preisgeben.

**PRO LIBERTATE:** *Auch in der Schweiz wird die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit beschränkt, etwa mit dem so genannten Antirassismogesetz. Wie stehen Sie dazu?*

**H. Born:** Ich bin von Grund auf liberal und deshalb der Meinung, dass jeder sagen darf, was er denkt. Die Meinungs- und Ausdrucksfreiheit ist zentral zur Findung der Wahrheit, das wusste schon der berühmte Philosoph Karl Popper. Gewisse Ansichten unter Strafe zu stellen, auch

wenn sie falsch sind, finde ich bedenklich. Zudem ist dieses Antirassismogesetz unklar und einseitig. Verboten wird das Leugnen von Völkermorden. Wo beginnt der Völkermord? Hat die Türkei an den Armeniern einen Völkermord begangen? Schliesslich bleibt die Frage, warum das Antirassismogesetz nicht auch auf das Leugnen oder Verharmlosen von sozialistischen Konzentrationslagern und Massenmorden, etwa Stalins Gulag, angewandt wird? Ich will hier in keiner Art und Weise abstruse, pseudowissenschaftliche Äusserungen in Schutz nehmen. Dass ich dies jedoch klarstellen muss, nur weil ich im Grunde die Redefreiheit verteidigen will, wirft ein schlechtes Licht auf den Zustand unserer Demokratie.

**PRO LIBERTATE:** *Muslimische Fundamentalisten fordern zu Terrorakten auf, der Hass auf den Westen scheint grenzenlos. Wo liegt die Ursache dafür?*

**H. Born:** Das hat zu tun mit der grossen Stagnation der arabischen Staaten. Vor allem die jungen Araber sehen keine Zukunft für sich, ähnlich wie die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg. Der Islamismus hat es dann leicht, diese Menschen mit dem Traum vom Kalifat zu verführen. Oft fehlt den Gesellschaften auch die soziale Mobilität. Wer merkt, dass er trotz Leistung nicht in der gesellschaftlichen Hierarchie aufsteigen kann, verliert seine Motivation. Das ist eine der Ursachen für die Ausschreitungen in Frankreich. Die US-Gesellschaft dagegen ist deshalb so erfolgreich, weil hier die soziale Mobilität spielt. Wichtig ist gerade auch da die Rolle des Sports. Viele Secondos sind heute z.B. erfolgreiche Fussballspieler. Das motiviert die jungen Ausländer zur Integration.

**PRO LIBERTATE:** *Derzeit versuchen die europäischen Staaten, eine Einigung voranzutreiben. Ist die Stärkung der EU nicht ein Mittel, um dem Westen eine starke Stimme gegen die islamische Gefahr zu geben?*

**H. Born:** Die EU ist heute keine Einheit. Nicht einmal im Irakkrieg, wo man geschickt antiamerikanische Ressentiments ausnutzen konnte, waren sich die europäischen Staaten einig: Italien, Spanien, Polen etc. unterstützten die USA, Frankreich und Deutschland waren gegen den Irakkrieg. Die EU zentralisiert zudem viele Entscheidungen auf europäischer Ebene, welche die Nationalstaaten selbst besser treffen können.

Die Idee eines vereinten Europas ist letztlich eine Art Ersatzreligion, vor allem für Intellektuelle, nachdem der Kommunismus sein wahres Gesicht zum Vorschein gebracht hat. Intellektuelle haben oft Mühe mit einer freien Gesellschaft, weil sie in dieser weniger Autorität haben. Die EU ermöglicht zahlreichen Intellektuellen zahlreiche Stellungen mit Autorität. Ich bin ein überzeugter Europäer und gerade deshalb ein EU-Skeptiker.

Europa heisst Vielfalt. Die EU hingegen zerstört mit ihrer Bürokratie und ihrem Drang zur Vereinheitlichung die nationalen Besonderheiten in Europa.

Mit Hanspeter Born sprach Patrick Freudiger  
p.freudiger@besonet.ch

## Hauptversammlung 2006

# Warum ist die Schweiz nicht mehr liberal? Die Rolle der Medien?

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

*Markus Somm, der stellvertretende Chefredaktor der Weltwoche, erläuterte an der Hauptversammlung vom 4. März 2006 mit packenden Worten seine These: Warum die Schweiz nicht mehr liberal sei und welche Rolle die Medien dabei spielten:*

1990 hatte die Schweiz eine Staatsquote von 31%, im Jahre 2005 war sie auf 39% und wenn die 2. Säule ebenfalls dazu gezählt werde, so erreiche die Schweiz eine Staatsquote von über 50%. Wenn ein Staat über mehr als 50% des Einkommens befehle, so könne man nicht mehr von einer liberalen Gesellschaft sprechen, erklärte Somm. Die Gründe für diese Entwicklung ortete er unter anderem im linksliberalen Mainstream, dem fast alle Tageszeitungen verfallen seien. Die einheitliche Denkweise erkenne man, wenn man den Journalisten folgende fünf Fragen stelle und von 95% die gleiche Antwort erhalte:

*Soll die Schweiz der EU beitreten?*

**Ja**

*Haben wir eine zu starke Einmischung des Staates?*

**Nein**

*Wie sehen Sie Bundesrat Christoph Blocher?*

**Problematisch**

*Was halten Sie vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush?*

**Grösstes Unglück**

*Wie sieht für Sie Familienförderung aus?*

**Tagesschulen**

Die Ursache dieser Homogenität seien unter anderem das einheitliche Milieu der Journalisten und die Pressekonzentration.

### Das Journalistenmilieu:

Der typische Journalist von heute habe Phil. I oder Soziologie studiert. Er stamme aus einer Familie, die seit vier oder fünf Generationen in der Schweiz lebe und habe ein oder zwei Kinder. Er bewohne die Städte Zürich, Bern, Basel, St. Gallen oder Luzern. Die Frau arbeite meist 40% in einem sozialen Beruf, der vom Staat finanziert werde. Er habe WG-Erfahrung (lebte während seiner Studienzeit in einer Wohngemeinschaft) und kaum Ausländerfahrung, wenne hoch komme, habe er ein Semester in Berlin studiert, selten jedoch in Amerika. Er kassiere einen Lohn von ungefähr 120000 Franken, kurz vor der Progression. Er stamme aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, wähle SP ohne Begeisterung, habe Demonstrationserfahrung, jedoch nie Steine geworfen. Teilweise habe er lange studiert oder auch die Studien abgebrochen. Sein Liberalismus beschränke sich auf die Liberalisierung von Cannabis.

Als ehemaliger Tages-Anzeiger-Journalist kennt Markus Somm die Szene. Die Journalisten kennen sich aus der Studienzeit, die von der 68er-Weltanschauung geprägt ist, und wagen es nicht, daraus auszubrechen. Ihre «wandelnde Harmoniesucht» führe zu einer Einheitspresse, zudem komme die wirtschaftlich motivierte Pressekonzentration dazu, die mithilfe, das liberale Gedanken gut zu zerstören.

Somm wünscht sich mehr Wettbewerb in der Medienbranche und unabhängige Verlagsanstalten. Das Monopol des Staatsfernsehen müsse aufgebrochen werden und die staatlich finanzierte PR-Maschinerie mit ihren Experten, die scheinbar eine objektive Wahrheit (Bsp. Thema Klimafrage) vertreten, sollte eingedämmt werden. Denn wer es wage, diese staatlich verordnete sogenannte objektive Wahrheit zu hinterfragen, habe eine ganz böse Gesinnung und werde abgestempelt.

■ ■ Mitgliederversammlung 2006 in Ostermundigen ■ ■





Markus Somm spricht auch hier aus Erfahrung, denn seine Mitarbeit in der Redaktion der Weltwoche, einer Wochenzeitung, die es wagt, den Mainstream zu hinterfragen, beschert ihm kaum Lob aus Journalistenkreisen.

#### Fazit

Was wir schon lange ahnten und als Leser feststellen konnten, die einseitig linksliberale Presselandschaft führt zum Ruin unseres Staates und unserer Gesellschaft. Eine liberale Gesellschaft erträgt

keine Meinungsdictatur. Wagen wir es weiterhin zu unserer Meinung zu stehen, unterstützen wir unabhängige Presseerzeugnisse und kämpfen wir für die Abschaffung des SRG-Monopols.

4  
5



DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Mitte Januar unterzeichnete Präsident Putin ein Gesetz über eine wesentlich schärfere Kontrolle nicht-staatlicher, regierungsunabhängiger Organisationen (NGO). In Kraft soll es jetzt im April treten, doch zeitigt es sofortige Auswirkungen.

Die Auslegung seiner vielen, wohl absichtlich unklaren Begriffe wie «Bedrohung der Souveränität», der «nationalen Einheit» oder der «nationalen Eigenart Russlands» wird der Bürokratie überlassen. Nach Putins Worten ist das Gesetz notwendig, «um unser politisches System vor Einmischung von aussen zu bewahren und die Gesellschaft sowie die Bürger vor der Verbreitung terroristischer und menschenfeindlicher Ideologien zu schützen.» Der Leiter des Inlandsgeheimdienstes sprach sogar von «Tarnorganisationen von Agenten», und bestimmt war es kein Zufall, dass sehr bald in einem Moskauer Park ein in einem Stein verborgener Minisender nebst Datenspeicher gefunden wurde – der als Beweis für deren antirussische Spionage dienen sollte.

Eine keineswegs wirkungslose Diefamierung, zumal seit der Zarenzeit jeder ausländischen Gegenwart in Russland mit Misstrauen begegnet wird. Putin erklärte dann auch, diese «Einmischung in unser innenpolitisches Leben» müsse unterbunden werden (andererseits subventioniert der Kreml moskau-getreue Gruppen in Georgien, der Moldau und der Ukraine, wofür das Budget dieses Jahr sogar 15 Millionen Euro einplante. Nur ist dies nach Mos-

kauer Darstellung keine «Einmischung», sondern «Hilfe für gesunde Kräfte!»); nach der bisherigen Rechtslage ist das Gesetz überflüssig. In Wahrheit soll es die NGO unter Kontrolle bringen.

Ein Motiv ist gewiss die Sorge vor der so genannten farbigen Revolution. Denn während der letzten Jahre musste der Kreml machtlos mit ansehen, wie GUS-Staaten mehrere befreundete Regimes stürzten: 2003 war es Georgien, dann die Ukraine und 2005 gab es auch in Kirgisien einen Aufstand. Die tieferen Ursachen sieht die Kreml-Führung in den dortigen NGO. Es fällt jedenfalls auf, dass sie bereits nach dem Machtwechsel in Kiew erste Überlegungen zum jetzigen Gesetz anstellte. Augenscheinlich befürchtet sie, dass die NGO den Herd einer Oppositionsbewegung auch in Russland bilden könnten. Und «Opposition» bedeutet für die Mächtigen dort immer noch «anti-staatlich» – dagegen vorzugehen, scheint ihnen geradezu ein Gebot zum Schutz des russischen Staates zu sein.

Die Arbeit jener Organisationen im gesamten einstigen Ostblock, die in der Tat mit westlichen Geldern unterstützt wird, besteht einmal in mühevoller Kleinarbeit, in sozialen Alltags-Dingen wie der Betreuung von Strassenkindern, AIDS-Waisen und im Umweltschutz. Ihr wichtigstes Ziel ist allerdings von dem grossen Gedanken bestimmt, in den Ländern der früheren Sowjetunion den Aufbau demokratischer Strukturen im Sinne einer Bürger-Gesellschaft zu entwickeln. Es geht um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, echte Wahlen

#### ■ Kremlpalast in Moskau ■

– das ABC für Menschen, die erst vor über zehn Jahren wahre Freiheit kennen lernten. Die Tätigkeit der NGO erscheint überaus nützlich für den Aufbau wahrhaft demokratischer, weltoffener Staaten – sie ist daher absolut nicht gefährlich, auf lange Sicht sieht es Putin aber wohl so für seine autoritäre Herrschaft.

Im Fadenkreuz befinden sich in erster Linie Menschenrechts-Organisationen wie «Amnesty International», «Human Rights Watch» sowie die Helsinki-Gruppe in Moskau. Es ist aber gerade auch das «Komitee der Soldatenmütter», das sich seit Jahren um den Tschetschenien-Krieg, die dort verschwundenen, oft fahnenflüchtigen Soldaten kümmert sowie um die immer noch herrschenden Schikanen in der Armee. Verteidigungsminister Iwanow kündigte kürzlich eine Prüfung solcher Berichte des «Komitees» an, ob diese nicht gegen die Verfassung Russlands verstossen ...

Während der vergangenen 12 Monate hat der staatliche Einfluss auf die Medien Russlands sehr stark zugenommen, selbst der früher unabhängige TV-Kanal NTV ist auf Kreml-Linie gebracht worden. Auch die Tagespresse traut sich kaum noch, die Regierung anzugreifen; die einst freie «Iswestija» ist längst in Händen des Staatskonzerns Gazprom. Geschäftsleute, welche die Opposition unterstützen, sind in jüngster Zeit nicht nur einmal gewarnt worden. Die administrative Kontrolle weitet sich zu Lasten der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung aus, alles deutet auf eine – wie früher – Re-Zentralisierung in Moskau hin. Strafverfahren, die der Regierung oder lokalen Mächtigen unangenehm sind, erfolgen immer häufiger nur dann, wenn die Vorfälle an die Öffentlichkeit gelangen – zumeist durch die NGO.

Mit ihrem Verbot oder auch nur ihrer Schwächung verschafft sich Moskau zweifellos kurzfristig Ruhe, doch auch bei vielen Kreisen der russischen Bevölkerung wird der Gedanke der Demokratie und Bürger-Gesellschaft kaum für immer zu unterdrücken sein.

# Steuerpolitische Souveränität hoch halten

Political correctness wird gerade in der EU immer wieder gross geschrieben. Die Vorwürfe der Kommission an die Praxis der kantonalen Besteuerung von Verwaltungs- und Holdinggesellschaften sprengen diesen Rahmen allerdings bei weitem. Sie sind

steuerrechtlich geradezu grotesk und politisch höchst bedenklich. Die Demarche der EU wirft, leider nicht zum ersten Mal, ein schiefes Licht auf das wettbewerbsspolitische Verständnis Brüssels.

Von FDP-Nationalrat Gerold Bührer, Thayngen (SH)

Steuerrechtlich müsste eigentlich jedem klar sein, dass das Freihandelsabkommen von 1972 mit dem Steuerregime für Holding- und Verwaltungsgesellschaften nichts zu tun hat. Bei diesen Gesellschaften geht es ja nicht um Warengeschäfte, welche Gegenstand des Abkommens sind. Die Berufung auf die entsprechenden Bestimmungen des Freihandelsabkommens kommt daher einem plumpen Ablenkungsmanöver gleich. Dazu kommt, dass erst in jüngerer Vergangenheit seitens der OECD diese kantonale Steuerpraxis dank der Transparenz und der rechtsgleichen Behandlung als mit den internationalen Standards vereinbar betrachtet worden ist. Die guten steuerlichen Rahmenbedingungen als Beihilfen im Warenverkehr darzustellen, welche den Wettbewerb beeinträchtigen würden, kommt einer realitätsfremden Sicht der Dinge gleich. Der Vorwurf ist mit Blick auf die teilweise massiven Firmensubventionen einiger EU-Staaten geradezu anmassend. Die EU müsste zudem auch längstens zur Kenntnis genommen haben, dass die Schweiz steuerpolitisch

souverän ist. Dies heisst, dass unser Land legitimiert bleibt, auf Steuervorteile im internationalen Wettbewerb zu bauen. Eine Politik, welche schliesslich auch von einer ganzen Anzahl von EU-Staaten notabene mit Erfolg betrieben wird. Die Steuerharmonisierung innerhalb der EU ist ohnehin spätestens mit dem Eintritt der zehn Neuen vom Tisch. Dies mag den zentralistisch orientierten, wettbewerbsabschottenden Ländern ein Dorn im Auge sein. Dies darf aber kein Grund für Drohgebärden gegen Drittstaaten sein. Als Nichtmitglied der EU liegt es schliesslich in unserer eigenen Verantwortung, eine wettbewerbstaugliche Steuerpolitik zu betreiben. Wir brauchen uns jedenfalls nicht für unsere Standortpolitik zu entschuldigen. Im Gegenteil, die Politik ist vielmehr verpflichtet, die Interessen der schweizerischen Volkswirtschaft mit Nachdruck und Konsequenz zu verfolgen.

Der unmissverständliche und gut fundierte bundesrätliche Brief an die EU ist die richtige Antwort auf diese unseligen Vorwürfe. Im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen ist

die Gesprächsofferte trotzdem zu unterstützen. Gesprächsbereitschaft ja, Kompromisse allerdings nein. Mit dieser Position hat die Landesregierung dem freisinnigen Vorstoss vom vergangenen Dezember bezüglich Angriffen auf die Steuersouveränität bereits die richtige Antwort gegeben. Es ist zu hoffen, dass diese Haltung auch parlamentarisch breit abgestützt bleibt. Die Position der Schweiz, dass nämlich die Steuersouveränität kein Verhandlungsgegenstand sein kann, muss auch zukünftig unmissverständlich kommuniziert werden. Nur so wird Brüssel letztlich unsere Botschaft ernst nehmen. Wettbewerb, dazu gehört auch der Steuerwettbewerb, ist schliesslich der Lebensnerv für Wachstum und Wohlstand. Wer sich aus kurzfristiger Optik oder Gefälligkeit heraus auf eine Verwässerung von Grundsätzen einlässt, handelt sich früher oder später Folgeschäden ein.

Es gibt daher keine Alternative zum Bestreben nach steuerlicher Konkurrenzfähigkeit und der damit verbundenen Bejahung des internationalen Standortwettbewerbs.

---

## Freiheitliches Waffenrecht oder Untertanenmentalität und Kriminalisierung?

von Theophil Pfister, Nationalrat, Flawil (SG)

Die Geschichte des Waffenrechtes ist viel stärker mit unserer Vergangenheit und unseren Wertvorstellungen verbunden, als viele sich heute vorstellen können. In der Geschichte stellte sich immer die Frage: Darf der Bürger über Waffen verfügen oder darf er nicht. Monarchien und Fürstentümer, die

klassischen Obrigkeits- und Untertanengebiete, verboten zumeist den privaten Waffenbesitz. Die freien Länder wie die Schweiz, aber auch die Vereinigten Staaten, machten das Gegenteil, sie erlaubten einen freien und eigenverantwortlichen Besitz und später ein freiheitliches Waffenrecht.

Es erstaunt darum nicht, wenn aus dieser Tradition heraus die heutige EU den privaten Waffenbesitz streng reglementieren und kontrollieren will. Eine grössere Sicherheit für die Bürger ergibt dies zwar

nicht, aber das Signal ist gesetzt. Dieses heisst: Du Bürgerin und du Bürger, du musst all dein Vertrauen auf den guten und lieben Staat setzen. Er wird dir alles geben, was du brauchst. Waffen in Bürgerhand

sind zu gefährlich und zudem auch unnötig. Denn wir schauen für dich allezeit. Der Waffenbesitz ist doch nur ein Zeichen des Misstrauens gegen deine Regierung, und das lieben wir nicht.

## Gibt es nun ein Waffen- und Besitzerregister und eine Meldepflicht?

Unser heutiges Waffenrecht ist eine Folge des Schengener Vertrages, den das Volk 2005 angenommen hat. Es tritt in Kraft, wenn das Schengen-Recht in Kraft tritt. Voraussichtlich etwa anfangs 2007 oder 2008. Bei einer Vernehmlassung im Vorfeld von Schengen haben 92 Prozent der Antworten dieses Register abgelehnt. Wer heute über private Waffen verfügt, wird sich bald einmal erstaunt die Augen reiben. Wie hiess es doch so schön: Es gibt kein zentrales Waffenregister. Aha, hat so mancher gedacht, so kann das neue Waffenrecht ja zur Not akzeptiert werden. Dass der Kauf einer Waffe nur noch mit Waffenerwerbsschein möglich sein soll, muss ja nicht dramatisiert werden. Nun, es gibt aber in Zukunft das Waffen- und Waffenbesitzerregister. Kein zentrales Waffenregister heisst noch lange nicht, dass nicht alles im Waffenbereich registriert und administriert werden soll. Voraussichtlich sind es kantonale Waffenregister, die dann sehr leicht via IT zusammenzuschliessen sind. Sonst macht es ja auch kaum Sinn. Und wer Waffen aus diesem oder dem vorigen Jahrhundert besitzt, kann diese nicht mehr so einfach im Hause behalten und sogar vererben. Auch hier ist der Waffenerwerbsschein des neuen Besitzers, des Sohnes oder der Tochter erforderlich. Jedermann mit Waffenbesitz muss sich innerhalb einer Frist melden. Wer dies nicht befolgt, macht sich strafbar. Ich nehme an,

dass mehr als die Hälfte der Schweizer folgsam sich mit ihren Waffen registrieren lässt. Man beachte, nicht nur die Waffen werden registriert, auch die Besitzer. Es ist auch ein Waffenbesitzerregister. Und es verbleibt ein erheblicher Prozentsatz von Schweizern, die sich aus freiheitlicher Gesinnung heraus nicht so folgsam und unterwürfig verhalten können. Ein Wechsel von der alten Freiheit zur neuen Zwangssituation, als registrierter Waffenbesitzer mit Generalverdacht, ist keine leichte Sache.

### Der anständige, freiheitliche Bürger wird registriert oder kriminalisiert, mittelfristig sogar entwaffnet

Wer seine Waffen nicht meldet, das dürften viele Zehntausende von Bürgern sein, der macht sich strafbar. Nicht gemeldete Waffen sind ab dato illegale Waffen und werden voraussichtlich bei Auffinden beschlagnahmt. Der Besitzer wird bestraft. Das ganze Spiel läuft auf die Entwaffnung der anständigen, aber freiheitlich gesinnten Bürger hinaus. Für die Kriminellen ist dieses neue Waffengesetz sowieso Makulatur. Aber die Schweiz verändert sich vom freiheitlichen Land in eine Mentalität der Untertanen und der Abhängigen. Ist doch dieses Waffengesetz mit seinen Kontrollen und den Auswirkungen, mit seiner Kriminalisierung von wohl über 50000 Schweizer Bürgern, nichts anderes als der Ausdruck des Misstrauens der Staatsmacht gegenüber seinen Bürgern.

## Die Schweiz verliert eine der bedeutendsten Traditionen

Weit haben wir es gebracht. Wir haben eine einmalige Wehr- und Schützentradition in unserem Lande. Fast jede Familie hat eine Waffe zuhause, zuletzt sogar noch ein Sturmgewehr und dazu auch versiegelte Munition. Kein Land der Welt konnte eine solche Vertrautheit und Fertigkeit des Bürgers mit der Waffe auch nur annähernd vorweisen. Tausende von Schiessanlagen haben diese Fertigkeit zusammen mit dem sportlichen und ausserdienstlichen Schiessen gespiesen. Das alte Schweizer Waffenrecht ist eine der bedeutendsten Besonderheiten unseres Landes. Jetzt stehen wir kurz davor, diese Besonderheit ohne viel nachzudenken aufzugeben – der EU zuliebe.

Noch sind nicht alle Felle davongeschwommen. Wie wäre es, wenn statt eines staatlichen Registers ein privates Waffenregister entstünde? Auch andere Modifikationen im neuen Recht wären noch denkbar. Sicher auch noch im Strafmass, in der Verfolgung usw. Wir sind jedoch immer noch blind, taub und abgestumpft. Die Linke kann sich freuen, aus eigenverantwortlichen Bürgern werden Untertanen und Abhängige, kontrollierte und häufig bestrafte. Von einer Schweiz, die sich selbst behaupten will, ist mehr und mehr nur in den Büchern zu lesen. Schade. Trotzdem, wir, die Verbleibenden mit der Sensibilität der Freiheit sollten alles tun, um die Position nicht kampfflos preiszugeben.

## «Entwicklungsschritt 08/11»

# Zu viele offene Fragen!

### Stellungnahme der Schweizerischen Vereinigung PRO LIBERTATE ZUM Botschaftsentwurf zur Revision der Verordnung der Bundesversammlung über die Organisation der Armee.

Die klare Annahme der Armee XXI durch den Souverän in der Abstimmung vom 18. Mai 2003 war ein Vertrauensbeweis und verpflichtet die Behörden, auf dem vom Volk aufgezeigten Weg fortzufahren. Es ist deshalb nach nur zwei Jahren (gemessen am Beschluss des Bundesrates am 11.5.2005) viel zu früh, erneut eine tief greifende Reorganisation der eben beschlossenen Armee vorzunehmen. Die einschneidenden und deutlich spürbaren Folgen in der militärischen Leistungsfähigkeit in-nerst dieser kurzen Frist sind nicht nachvollziehbar. Wir erinnern daran, dass sich der Bundesrat bisher von

der wohl begründeten Einsicht leiten liess, wonach die Milizorganisation Armee aufgrund des vergleichsweise geringeren Ausbildungsstandes ständige Wechsel schlecht verträgt, ausser diese wären durch höhere Gewalt aufgezwungen, also durch grundlegende machtpolitische Veränderungen in unserem relevanten sicherheitspolitischen Umfeld.

### Steigende Bedeutung stabilisierender, robuster Einsatzkräfte

Eine für die Schweiz allgemein gültige Folgerung ergibt sich aus den aktuellen Kriegsschauplätzen: So-

wohl Bosnien als auch Kosovo, aber in noch ausgeprägterem Masse Afghanistan und erst recht der irakische Schauplatz, lehren, dass die Aufrechterhaltung friedlicher Verhältnisse nach einer mehr oder weniger kurzen Phase gewaltsamer, gleichzeitig zielgenauer konventioneller Kriegführung mit entscheidendem Einfluss der Luftkriegsmittel eine bedeutsame Truppenpräsenz auf Dauer erfordert. Der Umkehrschluss gilt auch für den neutralen Kleinstaat, der als primäres strategisches Ziel die Kriegsverhinderung durch Dissuasion anstrebt. Er muss infolgedessen eine ins Gewicht fallende Streitkräftedichte aufweisen, um über längere Zeit seinen Raum beherrschen zu können, sei es im Ordnungsdienst in einem umfassenden Sinn oder zur Abwehr konventioneller Angriffe – durch wen auch immer. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, dass ein Wiederauf-



bau essentieller Fähigkeiten und der Stärke einer Armee eine sehr zeitraubende Aufgabe ist. Es ist nicht verantwortbar, sich auf die mehr oder weniger kurzfristige Beurteilung der «Wahrscheinlichkeit» gewisser Entwicklungen zu verlassen.

### Fazit

Die Argumente zur Begründung der mit der AO-Revision vorgeschlagenen Schwächung der schweizerischen Milizarmee sind nicht haltbar und beinhalten einen eklatanten Widerspruch: Entweder die sicherheitspolitische Lage hat sich derart stark verändert, dass eine Neuorganisation der Armee notwendig wird – in diesem Fall bedarf es jedoch einer Überarbeitung des Sicherheitspolitischen Berichts – oder dies ist, wie vorgehend dargelegt, nicht der Fall und die vorgeschlagene AO-Revision ist damit unnötig. Die vom Bundesrat beantragte Reorganisation ist letztlich sicherheitspolitisch nicht zu rechtfertigen. Dies vor allem, wenn man sich ehrlich und kompetent Rechenschaft ablegt über den Anspruch der Schweiz, ein souveräner, neutraler Staat zu sein, der auf weite Sicht seine Souveränität behaupten will und sein Volk vor Schaden bewahren kann, wie es die erstrangige Aufgabe des Staates ist. Mit der vorgeschlagenen Verringerung der Verteidigungskapazitäten stellt sich zudem die grundsätzliche Frage eines Bündnisbeitritts. Um eine Darlegung dieser Problematik drückt sich die Vorlage! Auch hier soll ab sofort Transparenz herrschen, die Zeiten der Salamitaktik sind vorbei. Denn es darf vermutet werden, dass in

gewissen Köpfen der Beitritt zu einer «EU-Armee» (die zwar erst in den Babyschuhen steckt) oder zur Nato geplant wird. Die jetzt beabsichtigte Reduzierung der Verteidigungskräfte unserer Armee wäre dann im Abstimmungskampf wohl ein willkommenes Argument.

Insgesamt sind die durch die vorgeschlagene AO-Revision möglichen Einsparungen von rund 150 Mio. Franken ein vergleichsweise vernachlässigbarer Bruchteil im Rahmen des gesamten Verteidigungsetats. Dieses geringe Sparpotential vermag den massiven Abbau der bestehenden Verteidigungskapazitäten nicht zu rechtfertigen.

### Gesamtbeurteilung

Die fortschreitende Abwertung der Leistungsfähigkeit der Armee aus finanziellen Gründen ist abzulehnen und politisch ist von den verantwortlichen Stellen ausreichend auf die damit in Kauf genommenen Risiken in Form einer Reduktion der Streitkräfte auf Aufwuchskerne hinzuweisen. Das gelingt der Vorlage und ihrer Begründung nicht. Das Konzept des Aufwuchses, welches die Basis für das gesamte neue Konzept bildet, steht auf äusserst wackligen Beinen und verursacht insgesamt ein enormes Risiko. Wir fordern deshalb den Bundesrat und letztlich das Parlament noch einmal auf, dem im Mai 2003 an der Urne geäusserten Volkswillen besser Rechnung zu tragen, die Armee XXI optimal umzusetzen und die nötigen Garantietarbeiten zu leisten sowie mit dem damals in Aussicht gestellten minimalen Kostenrahmen von jährlich 4,3 Mrd. Franken zu versehen.

- Der Schutz von Objekten (Industrie, Behörde, Infrastruktur) war, ist und bleibt eine zusätzliche Aufgabe der Armee. Aber verfassungsmässiger und sicherheitspolitischer Auftrag der Armee bleiben die Verteidigungsoperationen zum Schutz des souveränen und neutralen Kleinstaates. Dies zu vernachlässigen, um die Polizeibudgets zu entlasten, ist falsch. ■■



## Gedanken der Präsidentin



## Ideologen im Schulzimmer

AMI BOSSARD

E-Mail: amibossard@prolibertate.ch

Endlich haben sie es geschafft, die einseitige Aufarbeitung der Geschichte während des Zweiten Weltkrieges durch die Bergier-Kommission auch den Schulen zugänglich zu machen. Vorreiterrolle übernehmen die Zürcher mit dem neuen Lehrmittel «Hinschauen und Nachfragen», welches die Ideologie der Bergier-Kommission als Basis nimmt. Wes Geistes Kind dieses Lehrbuch ist, wird im Vorwort klar: Neben Deutschland will man weiteren Staaten, u. a. auch der Schweiz, eine Mitschuld am Holocaust unterstellen. Weiter findet man den aussagekräftigen Untertitel am Schluss des Vorwortes: «Geschichte muss immer wieder neu gemacht werden.» Geschichte umschreiben, Tatsachen verdrehen, dies ist ein Mittel von Diktaturen.

Die wichtige historische Bedeutung von General Guisan versucht man auf einer halben Seite mittels einer trocken-langweiligen biografischen Schreibe zu demontieren bzw. zu entmythologisieren, indem am Schluss lapidar festgestellt wird: «... die kritischen Punkte in Guisans Verhalten waren nicht an die breite Öffentlichkeit gedrungen.» (Das Lehrbuch kritisiert u.a. die geheimen Gespräche Guisans mit Frankreich.)

Die Rede anlässlich des Rütli-rapports wird nicht erwähnt, auch weitere Guisan-Dokumente finden sich nicht im angeblich so quellenreichen Werk. Dafür wird prominent die Aussage eines gewissen Nationalrates Feldmann erwähnt, der 1945 nach einer Besprechung mit Bundesrat Steiger schrieb: «In diesem Zusammenhang bemerkte ich mit allem Nachdruck,

dass ich meinerseits nicht mehr gesonnen sei, die Mythenbildung um den General mitzumachen, welche ihn als Retter des Vaterlandes aus den schwachen Händen des Bundesrates verherrliche; dieser Mythos sei eine glatte Geschichtsfälschung.» Die Erfindung des Judenstempels wird der Schweiz zugewiesen, ob-

schon klar erwiesen ist, dass Deutschland die treibende Kraft war. (PRO LIBERTATE hat 1999 die Fakten erläutert in der Broschüre: «Das Ende der J-Stempel-Saga».) Das Lehrbuch will nicht eine Zeitepoche verstehen, sondern anhand von Teil- und Halbwahrheiten sowie mittels einseitiger Fragestellung moralisie-

rend vorgeben, wie man diese Zeit zu verstehen hat.

Ich appelliere an alle, die diese Zeit erlebt haben, ihren Enkeln die Tatsachen zu erklären, und warte auf eine Historikergeneration, welche die ideologische Geschichtsschreibung entlarvt.

## ... 4 klare Worte und Positionen

### Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Eine freiheitliche Gesellschaft duldet keine Meinungsdictatur.
2. Die Schweiz ist steuerpolitisch souverän; die EU hat das zu akzeptieren.
3. Das Schweizer Waffenrecht ist auch ein Freiheitsrecht!
4. Geplanter Abbau der Verteidigungskompetenz der Armee ist fahrlässig.

## und ... 1 dringender Hinweis

1. 24. Juni 2006: Feier «50 Jahre PRO LIBERTATE» im Berner Rathaus. Festredner Prof. Dr. Franz Jaeger, Universität St. Gallen. Anmeldeunterlagen folgen.

**PRO  LIBERTATE** – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

Die Bestrebungen von

**PRO  LIBERTATE**

für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

2.06

### Impressum

Redaktion: A. Bossard, M. Gerber

**Geschäftsstelle:** Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen  
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85  
Internet: [www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)  
E-Mail: [info@prolibertate.ch](mailto:info@prolibertate.ch)

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt. Erscheint 6x jährlich. Leserschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**Spenden: PC-30-26847-0**

Sie können Spenden an PRO LIBERTATE auch in **WIR** tätigen.

### Vorstand

Ami Bossard (Präsidentin), 3800 Matten b. I.  
Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6  
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen  
Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz  
Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt  
Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 10.4.2006

**Schon vorbeigesurft?**  
[www.prolibertate.ch](http://www.prolibertate.ch)